

EU will Finanzierung von Terroristen stoppen

Veröffentlicht am 4. Juli 2016 von admin

Remzi Aru (ADD): „Die EU soll nicht den Bitcoin bekämpfen, sondern den Terrorismus“

(ADD) – „Die Botschaft hör‘ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, kommentiert der Parteisprecher der Allianz Deutscher Demokraten (ADD), Remzi Aru, die Ankündigung der EU-Justizkommissarin Vera Jourova, die der „Welt“ gegenüber äußerte, man wolle „die Terroristen von ihren Finanzquellen abschneiden“.

Noch bis vor kurzem habe man der Türkei in diesem Zusammenhang die Visafreiheit verweigert, weil deren Antiterrorgesetze angeblich zu streng seien.

„Bislang hat sich die EU mit Blick auf den Terrorismus vor allem in Realitätsverweigerung geübt“, kritisierte Remzi Aru. „Man hat die Dschihadtouristen für IS, Al Nusra und wie sonst noch alle heißen sehenden Auges aus der EU ausreisen lassen in der Hoffnung, dass diese aus Syrien nicht mehr zurückkehren würden und man auf diese Weise ein Problem loswürde. Gleichzeitig hat man der Türkei vorgeworfen, diese nicht konsequent genug zu bekämpfen. Ja, wie denn auch, wenn die europäischen Geheimdienste ihre Informationen bestenfalls zu einem Zeitpunkt übermittelten, da der betreffende Terrorist schon längst in Syrien war?“

Gleichzeitig habe man der PKK ein ruhiges Hinterland geboten. Das Verbot dieser Organisation in der EU habe eher etwas von einer Gewissensberuhigung als von einem tatsächlichen Bekenntnis.

„Die PKK kann hier unter Polizeischutz ihre Infostände abhalten“, so Aru. „In deutschen Parlamenten sitzen ihre politischen Lautsprecher. Die PKK erpresst hier ihre Schutzgelder, verkauft hier ihre Drogen, besiegelt hier ihre Waffendeals. Auf dem Umweg über die YPG kommt sie sogar an Waffen, die von EU-Ländern zur Verfügung gestellt werden.“

Die weiteren Ausführungen Jourovass bestätigten Aru denn auch in seiner Einschätzung. So wolle die Europäische Kommission am Dienstag Maßnahmen beschließen. Dabei geht es jedoch lediglich um „striktiere Gesetze für virtuelle Währungen sowie für Handy-Prepaid-Karten“.

„Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung wird Protektionspolitik für die Zentralbanken betrieben und der Bitcoin dämonisiert, statt tatsächlich eine wirksame Zusammenarbeit gegen den Terror zu suchen“, erklärt Remzi Aru.

Statt gegen den Bürger zu agieren und marktwirtschaftliche Innovationen zu drangsalieren, sollten die Staaten gegen den Terror zusammenrücken, wie dies Russland, die Türkei und Israel derzeit vormachen. Es dürfe keine Unterscheidung mehr in „gute“, weil uns nützliche, und „böse“, weil uns gefährdende Terroristen geben, so Remzi Aru.

Es könne nicht angehen, dass der Attentäter von Istanbul, gegen den bereits in der Russischen Föderation wegen terroristischer Delikte vorgegangen wurde, in Österreich Asyl bekam. Es sei nicht hinnehmbar, dass von EU-Geldern für Palästina Sozialleistungen an die Angehörigen von Terroristen bezahlt würden. Es sei auch nicht hinnehmbar, dass Vereine, die Propaganda für die PKK betreiben, in der EU Gemeinnützigkeit in Anspruch nehmen können.

„Es darf keine EU-Geldmittel und keine Waffen mehr für Terroristen oder Gruppen geben, die nachweislich mit diesen gemeinsame Sache machen“, forderte Aru. „Es darf kein Asyl mehr für Personen geben, die in einem anderen Land rechtskräftig wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt wurden. Terroristen müssen leichter ausgeliefert werden können und der Austausch geheimdienstlicher Daten über Terrorverdächtige und Gefährder muss intensiviert werden.“

<https://ad-demokraten.de/eu-will-finanzierung-von-terroristen-stoppen/>, abg. 26.8.2016